

7. Mai 2010, 21:41 Uhr Sueddeutsche Zeitung

Klima und Frieden Klima als Frage von Krieg und Frieden

Politiker, Wissenschaftler und Militärs befürchten, dass der Klimawandel nicht nur zu ökologischen Katastrophen führt. Er bedroht auch den Frieden und die Sicherheit weltweit.

Von Markus C. Schulte von Drach

Mit dem Wandel des Klimas verändern sich auch die Lebensbedingungen auf unserem Planeten. Wenn die Umweltexperten Recht behalten, wird sich die Lage für große Teile der Menschheit verschlechtern. Angesichts der bereits jetzt vielerorts zu beobachtenden Spannungen entlang politischer, ökonomischer, sozialer, ethnischer oder religiöser Linien befürchten manche Fachleute und Politiker eine Zunahme von gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Einiges spricht dafür. Kriege werden in der Regel aus einfachen Gründen begonnen - unabhängig von allen vordergründigen Rechtfertigungen und Erklärungen: Entweder nimmt eine Gruppe von Menschen das Recht auf etwas in Anspruch, das ihnen verwehrt ist. Das können zum Beispiel natürliche Ressourcen sein, die sich im Besitz einer anderen Gruppe befinden.

Oder aber man sieht sich genötigt, seinen Besitz, seinen Wohlstand, seinen Lebensstil zu verteidigen - auch präventiv.

Nun sind der Zugang zu den Ressourcen dieses Planeten und die Möglichkeiten, sie zu nutzen, bereits jetzt extrem ungleich verteilt.

Während die Bürger der Industriestaaten in relativ großem Wohlstand leben, mangelt es großen Teilen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern an fast allem, was im Westen für selbstverständlich gehalten wird: sauberes Trinkwasser, ausreichende Nahrungsmittel, adäquate Gesundheitsversorgung, Zugang zu Bildung - vom Luxus eines Kühlschranks oder eines Autos ganz zu schweigen.

Für viele Menschen ist die eigene Umwelt lebensfeindlich. Jedes Jahr sterben drei Millionen Menschen an den Folgen von verschmutztem Wasser, berichtete kürzlich die UN-Umweltbehörde Unep. 850 Millionen Menschen sind unterernährt. Ströme von afrikanischen Flüchtlingen suchen bereits jetzt ihr Heil in der europäischen Fremde, in der Hoffnung auf ein besseres Leben - oder überhaupt ein Überleben. Fast 40 Millionen Menschen befinden sich derzeit weltweit auf der Flucht.

Bislang ist offen, was geschehen wird, wenn aufgrund des Klimawandels mancherorts das Trinkwasser ausgeht - dies droht beispielsweise 500 Millionen Asiaten, weil die Gletscher im [Himalaja](#) wegschmelzen. Was geschieht, wenn sich in Afrika die fruchtbaren Böden zunehmend in Wüsten verwandeln? Wenn etliche Pazifikinseln in den steigenden Fluten versinken. Werden die Nachbarn, die verschont geblieben sind, ihren Lebensraum und ihre Rohstoffe mit den Flüchtlingen teilen, die vielleicht auch noch einer anderen ethnischen oder religiösen Gruppe angehören? Oder werden sie ihren Besitz verteidigen - notfalls mit Waffengewalt?

Zunehmende Gefahr für den Weltfrieden

Einige Politiker und Militärs äußern sich hier sehr pessimistisch. "Wenn wir nicht handeln", warnte Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) Anfang Oktober in Potsdam vor den Folgen des Klimawandels, "wird das Auswirkungen auf Fragen von Krieg und Frieden haben". Auch Außenminister Steinmeier bezeichnete die Erwärmung der Erde als eine zunehmende Gefahr für den Weltfrieden.

Bereits im April hatten sich ehemalige US-Generäle zu Wort gemeldet. In ihrer Studie "Die nationale Sicherheit und die Bedrohung durch den Klimawandel" warnten sie, dass die zunehmende Erderwärmung zumindest in politisch instabilen Regionen "Bedingungen schaffen könnte, die den Krieg gegen den Terrorismus verlängern", erklärte etwa Admiral a. D. Joseph Lopez, der ehemalige Oberkommandierende der US-Seestreitkräfte in [Europa](#). Verteilungskämpfe, Rebellionen und Flüchtlingsströme, so die Militärs, seien zu erwarten.

Auch die Befürchtungen, die der Wissenschaftliche Beirat der [Bundesregierung](#) Globale Umweltveränderung (WBGU) in seiner Studie "Sicherheitsrisiko Klimawandel" im Juni veröffentlicht hat, klingen bedrohlich. Zwar wollen die Experten nicht gleich von einer erhöhten Kriegsgefahr durch den Klimawandel sprechen. Sie befürchten aber ebenfalls "innerstaatliche Zerfalls- und Destabilisierungsprozesse" an etlichen Brennpunkten der Welt, die mit der klassischen Sicherheitspolitik nicht zu bewältigen seien.

Drastische Worte der US-Think-Tanks

Noch drastischer formulierten es kürzlich das Center for Strategic and International Studies und das Center for a New American Security in einer gemeinsamen Studie: "Der Kollaps und das Chaos, das mit extremen Klimaveränderungen einhergeht, destabilisiert praktisch alle Aspekte des modernen Lebens."

Die Experten, zu denen unter anderem der Ex-CIA-Direktor James Woolsey und der Vorsitzende der amerikanischen National Academy of Science gehören, verglichen die möglichen Folgen gar mit den Weltuntergangsszenarien, die man sich während des Kalten Krieges als Folge eines Atomkriegs ausgemalt hatte.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon vermutet sogar, der erste gewaltsame Konflikt aufgrund des gegenwärtigen Klimawandels habe bereits Hunderttausende Tote gefordert - und zwar in [Darfur](#).

"Neben verschiedenen sozialen und politischen Ursachen begann der Darfur-Konflikt als ökologische Krise, die zumindest teilweise auf den Klimawandel zurückgeht", erklärte Ban im Juni in der *Washington Post*.

Die Wüste im [Sudan](#), so Ban, breite sich aus. Im Norden Darfurs wären die Lebensbedingungen für die Kamel-Nomaden in den letzten Jahrzehnten so schlecht geworden, dass sie nach Süden zogen.

Die dort lebenden Bauern hätten zwar früher ihre Brunnen mit ihnen geteilt. Inzwischen aber litten alle unter der Trockenheit. Nahrungs- und Wassermangel hätten schließlich zu den Kämpfen geführt, "die sich im Jahr 2003 zur vollen Tragödie ausweiteten, die wir heute erleben." Eine Ausweitung, die natürlich auch damit zusammenhängt, dass die Regierung in Khartum die nomadischen Reitermilizen ausgerüstet hat und sie mit Kampfflugzeugen und -hubschraubern unterstützt.

Für den Zusammenhang zwischen dem Massenmord und dem Klima spricht übrigens auch ein Bericht des UN-Umweltprogramms Unep: Demnach gab es in den letzten 77 Jahren mehr als 30 Konflikte um Boden und Wasser in Darfur. In den letzten drei Jahrzehnten aber haben sich die Auseinandersetzungen gehäuft. Zugleich kam es im Norden der Region in diesem Zeitraum zu großen Dürren und Hungersnöten.

Diskussion um wissenschaftliche Belege

Nicht alle Experten sind überzeugt von diesem direkten Zusammenhang zwischen Klima und Krieg. So erklärte kürzlich Halvard Buhaug vom International Peace Research Institute im norwegischen [Oslo](#), es gebe noch keine wissenschaftlichen Belege für wirklich robuste systematische Zusammenhänge.

Das sieht Marc Levy von der Columbia University in [New York](#) anders. Der Forscher hat rückblickend eine Reihe von Bürgerkriegen untersucht und eine interessante Entdeckung gemacht. Bleibt der Regen in einer Region aus, berichtete er im Wissenschaftsmagazin *New Scientist*, verdoppele sich die Gefahr, dass ein bereits schwelende Konflikt im folgenden Jahr zum Bürgerkrieg eskaliert.

Unterstützung hat Levy inzwischen von David Zhang von der University of Hong Kong bekommen. Zhang und sein Team analysierten die Kriege in den Jahren 1000 bis 1911 in Ostchina und die Temperatur-Aufzeichnungen aus dieser Zeit.

Dabei machten sie eine interessante Entdeckung: Zwölf der 15 größten kriegerischen Auseinandersetzungen folgten auf Kälteperioden. Die niedrigen Temperaturen, so die Forscher im Fachmagazin *Human Ecology*, führten zu Ernteaussfällen und Nahrungsmangel. Die Folgen: Aufstände der Bauern, Destabilisierung der Regierungen, Invasionen aus benachbarten Gebieten.

Aber nicht nur Kälte, so vermuten die Wissenschaftler, kann solche Auswirkungen haben. Da auch die Erderwärmung zu Engpässen bei Ressourcen wie Wasser und Nahrung führen kann, werde der Klimawandel "sehr wahrscheinlich zu neuen Kriegen zwischen menschlichen Kulturen" führen.

Es ist noch schwer abzusehen, wie dramatisch die Folgen des Klimawandels tatsächlich sein werden. Dass die Veränderungen des Klimas jedoch einen Effekt auf Krieg und Frieden haben werden, ist unter Experten unstrittig. Oder, wie die frühere britische Außenministerin Margaret Beckett erklärte, ist es "einfach nicht vorstellbar, dass es keine tiefen und möglicherweise verheerenden Auswirkungen auf unsere kollektive und individuelle Sicherheit geben wird."